

Ihre Gesprächspartner:

Univ.-Prof. Dr. Herbert Altrichter	Moderator des Bildungsdialogs
Dr. Johann Kalliauer	Präsident der Arbeiterkammer OÖ
Dr. Rudolf Trauner	Präsident der Wirtschaftskammer OÖ
DI Klaus Pöttinger	Präsident der Industriellenvereinigung OÖ
Dr. Erich Gumplmaier	Landessekretär des ÖGB OÖ

„Mehr Bildung – mehr Chancen“

Erste Ergebnisse des Bildungsdialogs der öö. Sozialpartner

Pressekonferenz

Dienstag, 14. Juni 2005, um 12.00 Uhr

im OÖ. Presseclub, Saal A

„Mehr Bildung – mehr Chancen“

1. Bildungsdiallog der oö. Sozialpartner

Im Herbst 2004 starteten Bildungsfachleute von oö. Sozialpartnern – der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer, des ÖGB und der Industriellenvereinigung – einen Bildungsdiallog.

Ziel dieses Dialogs ist es, auf Basis einer gemeinsamen Problemanalyse Lösungsansätze für die Gestaltung beruflicher Erstausbildung zu erarbeiten und diese der Öffentlichkeit vorzustellen.

Von der vorgelagerten allgemeinen Grundbildung in der Pflichtschule bis zur Erwachsenenbildung und dem Prozess des „lebenslangen Lernens“ werden alle großen Themenfelder bearbeitet. Die nun vorgelegten ersten Ergebnisse des Bildungsdiallogs konzentrieren sich auf die Pflichtschulausbildung, in der entscheidende Weichen für die nachfolgende berufliche Erstausbildung gestellt werden. Die Sozialpartner richten in diesem Kontext konkrete Umsetzungsvorschläge für vordringliche Maßnahmen an die Bundes- und Landespolitik.

2. Herausforderungen für die berufliche Erstausbildung

Ab dem Jahr 2008 nimmt das Ausbildungspotential deutlich ab. Spätestens 2013 trifft eine wesentlich kleinere Zahl von 15-Jährigen auf eine relativ größere Zahl von aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Personen. Unter diesen Vorzeichen führt diese Entwicklung zu einem verstärkten Wettlauf der Bildungseinrichtungen im Anschluss an die Pflichtschule. Auch auf dem Lehrstellenmarkt erfolgt – unter der Annahme, dass das Lehrstellenangebot auf dem heutigen Niveau bleibt – eine Trendumkehr. Die Wirtschaft befürchtet einen Mangel an qualifizierten Lehrlern.

Aktuelle Studien bestätigen erneut, dass die österreichische Schule „Startungleichheiten“ (z.B. soziale Herkunftseffekte, besondere Begabungen, Teilleistungsschwächen) weniger als manche anderen Länder auszugleichen vermag. Die demografische Entwicklung signalisiert, dass unsere Volkswirtschaft künftig noch mehr auf die bestmögliche Nutzung von Begabungsreserven angewiesen ist! Ein wichtiger Grundstock hierzu wird mit dem Erwerb von Grundkompetenzen in der Pflichtschule gelegt, wo so früh und so gut als möglich gefördert werden muss.

In diese Richtung weist auch die PISA-Studie. In Österreich zählte 2003 bereits jede/r fünfte Pflichtschulabgänger/in zur „Risikogruppe“, die aufgrund ungenügender Grundkompetenzen höchstens erschwert Anschluss in Gesellschaft und Erwerbsleben findet. Das mittelmäßige Abschneiden unserer Schüler/innen in allen Kompetenzbereichen erfordert aus Sicht der Sozialpartner rasches und nachhaltiges bildungspolitisches Handeln. Ziel muss es sein, so rasch wie möglich zu internationalen Spitzenleistungen aufzuschließen.

Angesichts des drängenden Erfordernisses zur Ausschöpfung und bestmöglichen Entwicklung von Begabungsreserven sollte in der bildungspolitischen Debatte eine tabulose Hinterfragung traditioneller Schulstrukturen erwünscht und möglich sein, ohne von vornherein eine bestimmte äußere Form der Schulorganisation zu bevorzugen.

3. Für eine erfolgreiche Pflichtschule (Vorschlagspaket)

Verpflichtende Frühförderung

Frühförderung soll – im Kindergarten oder als Vorschule – verpflichtend ab dem 5. Lebensjahr einsetzen und zwar ohne Gebührenbarrieren. Es ist weder eine „Verschulung“ des Kindergartens noch eine „Verkinder-gartung“ der Schule anzustreben: Beide Institutionen müssen sich weiterentwickeln und eng miteinander kooperieren, um diese Herausforderung im Sinne der Kinder produktiv zu meistern. Neben der verbesserten

Integration für sozial Benachteiligte und Lernschwache muss insbesondere Wert auf verbesserte Förderung der Sprach- und Sozialkompetenz für alle Kinder gelegt werden.

Individuelle Förderung als Leitprinzip

Die Förderung aller Begabungen, die bestmögliche Nutzung von Begabungsreserven verlangt auch, dass die „Spreizung“ zwischen den besten und schwächsten Schüler/innen kleiner werden muss – eine wesentliche Voraussetzung auch für Spitzenleistungen – und dass nachteilige Auswirkungen von „Startungleichheiten“ (z.B. soziale Herkunftseffekte, besondere Begabungen, Teilleistungsschwächen) verhindert werden. Wie die PISA-Sieger zeigen, bedarf es eines Unterrichts, der auf individueller Förderung der unterschiedlichen Schüler/innen aufbaut und dazu verschiedene Formen von Individualisierung und Differenzierung nutzt. Für Lernschwache und sozial Benachteiligte muss – beginnend mit der Vorschule – Individualunterricht und -förderung durch erweiterte Betreuungsteams im Rahmen von Kleinstgruppen möglich sein.

Flächendeckendes Angebot ganztägig geführter Schulen

Der zunehmende Bedarf an ganztägig geführten Schulen seitens der Eltern ist durch eine Reihe wissenschaftlicher Studien auch für Oberösterreich evident. Die Eltern und Schüler/innen sollen daher einen individuellen Rechtsanspruch auf ein flächendeckendes Angebot an ganztägig geführten Schulformen – ohne Gebührenbarrieren – erhalten, wobei jedoch niemand zu einem Ganztagsangebot verpflichtet wird. Die zusätzlich gewonnene Zeit in der Schule ist für qualitätsvolle Lern- und Freizeitangebote zu nutzen, die über Beaufsichtigung und Hausübungsbetreuung hinausgehen. Hier kommt der Formulierung und Einhaltung von Mindestqualitätskriterien höchste Bedeutung zu! Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Initiative zur sozial- und freizeitpädagogischen Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte erforderlich.

Mehr schulische Eigenverantwortung und mehr Qualitätssicherung

Die Schulen sollen mehr Eigenverantwortung bekommen. Im Rahmen eines pädagogischen Zielsystems sollen nationale Vorgaben und Mindeststandards weiterhin parlamentarisch-demokratisch legitimiert sein. In diesem Rahmen soll gleichzeitig mehr Schulautonomie zugelassen werden. Zielvereinbarungen zwischen Schulbehörde und Direktion und zwischen Direktion und Lehrkräften sollen insbesondere auch zur Weiterentwicklung zentral vorgegebener Leistungs- und Förderstandards beitragen. Ein modernes Schulmanagement wird auf die Einbindung und Partizipation der Eltern Wert legen, die für ein umfassendes Konzept der Lernförderung unverzichtbar sind.

Jede Schule braucht schulinterne Instrumente der Qualitätsbeobachtung und -entwicklung. Diese sollten durch eine diagnoseorientierte, externe Leistungsfeststellung ergänzt werden. Deren Ergebnisse sollten nicht nur den Schüler/innen zugerechnet, sondern auch als Rückmeldung an die Lehrkräfte und Schulen interpretiert werden. Der Zweck der Testung liegt letztlich nicht in der Feststellung von Schwächen einer Schule, sondern in der Identifikation von Möglichkeiten einer Weiterentwicklung zum Wohle der Schüler/innen. Die Testung muss mehrfach erfolgen und nicht nur in den Abschlussjahren. Auf Qualitätsevaluation folgt Qualitätsentwicklung: Aus den Testresultaten werden verpflichtende Maßnahmen zur Weiterentwicklung für Lehrkräfte und Schule abgeleitet.

Zeitgemäße Aus- und Weiterbildung für Pädagog/innen

Für alle pädagogischen Berufe ist ein einheitlich hohes Niveau der professionellen Grundqualifikation auf tertiärer Ebene anzustreben. Außerdem bedarf es eines koordinierten Systems, das die laufende Weiterbildung sicherstellt.

Die Lehrkräftebildung muss auch zu einem neuen Selbstverständnis der Lehrkräfte beitragen: Möglichst viel mit allen Schüler/innen erreichen – Mitverantwortung für das Lernergebnis der Schüler – wird im Sinne der

persönlichen Entwicklung der Menschen sowie zur Ausschöpfung von Begabungsreserven immer wichtiger. Dies erfordert auch die Notwendigkeit verstärkter Kooperation verwandter Berufsgruppen im Umfeld der Pädagogik (Sozialarbeiter/-innen, Schulpsycholog/-innen, Fachkräfte mit sozial- und freizeitpädagogischer Qualifikation). Die Fähigkeiten der Pädagog/innen sind auch in Richtung Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Anwendung differenzierter Diagnose- und Förderinstrumentarien (flexible, heterogene Lerngruppen) sowie sozialer bzw. sozial- und freizeitpädagogischer Kompetenzen zu erweitern.

4. Umsetzungsperspektiven – Handlungsbedarf

Die öö. Sozialpartner erwarten sich von der Politik eine verbindliche Diskussion über die Umsetzung ihrer oben dargestellten Lösungsansätze mit einer genauen Zeit- und Zielperspektive. Selbstverständlich stehen die Sozialpartner in diesem Prozess als Mitwirkende zur Verfügung. Konkret sollten aus Sicht der öö. Sozialpartner folgende Themenfelder vordringlich bearbeitet werden:

- Oberösterreich braucht rasch ein pädagogisches Konzept und ein Finanzierungskonzept für ganztägige Schulangebote auf hohem Qualitätsniveau (Qualitätskriterien). Diese Forderung richtet sich an Bund, Land und Kommunen.
- Die Sozialpartner schlagen dem Land Oberösterreich vor, ihre Vorschläge zur Frühförderung bei der aktuellen Neuregelung des Kinderbetreuungsgesetzes bzw. bei der Umsetzung der Novelle zum öö. Kindergarten- und Hortgesetz zu berücksichtigen.
- Bund und Land sollen eine Evaluation der beruflichen Bildung in Oberösterreich unterstützen. Zu thematisieren ist hierbei unter anderem die Entsprechung von Bildungsangeboten und Berufsanforderungen, die Ausbildungsmöglichkeiten in neuen, zukunfts-trächtigen Berufsfeldern, der Spezialisierungsgrad der Erstausbildung und die Flexibilität der Absolvent/innen.

- Der Bund soll ein verpflichtendes pädagogisches Zielsystem mit Leistungs- und Förderstandards weiterentwickeln und für dessen flächendeckende Umsetzung auf Schul- und Systemebene (Management, Unterstützungssysteme, externe Evaluation) sorgen.
- Weiters wird dem Bund vorgeschlagen, eine vergleichbare Grundqualifikation des pädagogischen Personals im Hinblick auf Individualisierung und Förderung aller Begabungen – von den Leistungsschwachen bis hin zu den Begabten – und von Schlüsselqualifikationen zu entwickeln.

5. Fortsetzung des Bildungsdialogs

Der Bildungsdialog der oö. Sozialpartner wird mit dem breiten Bereich der beruflichen Erstausbildung fortgesetzt. Weitere Arbeitsschwerpunkte werden die Themen „Frauen und Berufsbildung“ sowie „Lebensbegleitendes Lernen in einem veränderten Umfeld“ sein.